

ALLGEMEINES

Weniger Steuern für Ehrenamt. Zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements wurden rückwirkend zum Januar 2013 die Übungsleiterpauschale um 300 Euro auf 2 400 Euro und die Ehrenamtspauschale von 500 Euro auf 720 Euro pro Jahr angehoben. Diese steuerfreien Aufwandsentschädigungen können in Anspruch genommen werden von nebenberuflichen Trainerinnen und Trainern, Ausbilderinnen und Ausbildern, Erziehenden, Vereinsvorständen und Personen mit einer vergleichbaren Tätigkeit „zur Förderung gemeinnütziger, mildtätiger oder kirchlicher Zwecke“ wie beispielsweise freiwillige Lehrkräften an Schulen, Volkshochschulen, Universitäten, Verwaltungsschulen und bei der Feuerwehr. Ein hauptamtlicher Beruf wird nicht vorausgesetzt, so dass auch Studierende, Hausfrauen, Menschen im Ruhestand und Arbeitslose entsprechend vergütete Nebentätigkeiten ausüben können. *Quelle: SoVD Sozialverband Deutschland 4.2013*

Vielfalt im Alltag gestalten. Interkulturelle Öffnung unter Paritätischem Dach. Hrsg. Paritätischer Wohlfahrtsverband. Selbstverlag. Berlin 2012, 39 S., kostenlos *DZI-E-0446*

Laut dem im Auftrag der Bundesregierung vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erstellten „Migrationsbericht 2011“ wanderten im Jahr 2011 958 000 Personen nach Deutschland ein, was einem Anstieg von 20 % gegenüber dem Vorjahr entspricht. Um die gesellschaftliche Integration dieser und anderer Menschen mit Migrationshintergrund zu fördern, hat es sich der Paritätische Wohlfahrtsverband zum Ziel gesetzt, die interkulturelle Öffnung voranzubringen. Diese Broschüre enthält neben terminologischen Erläuterungen entsprechende Leitlinien und beschreibt eine Vielzahl kultursensibler Ansätze und deren Umsetzung, wie beispielsweise im Kontext der Kindertageseinrichtung, der Schule, der sozialpädagogischen Arbeit mit jugendlichen Roma, der Seniorenarbeit und Pflege, der Heilpädagogik, der Straffälligenhilfe und der Beratung von Menschen mit Suchtproblemen. Darüber hinaus finden sich hier Hinweise zu spezifischen Angeboten in der psychiatrischen Versorgung, in der Mädchenarbeit, in Projekten von Nachbarschaftszentren und in der HIV-Prävention. Bestellanschrift: Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin e.V., Brandenburgische Straße 80, 10713 Berlin, Tel.: 030/860 01-0, Internet: www.paritaet-berlin.de

Unterstützung auszugsberechtigter Asylbewerber. Für Asylbewerberinnen und Asylbewerber, die aus staatlichen Gemeinschaftsunterkünften ausziehen dürfen, ist es aufgrund des Wohnungsmangels vor allem in den Ballungsräumen häufig schwierig, eine geeignete Wohnung zu finden. So wohnen derzeit in Bayern rund 1 300 Personen in Gemeinschaftsunterkünften, obwohl sie längst in Privatwohnungen ausziehen dürften. Mit

dem Modellprojekt „Fit for Move“ unterstützt daher das Bayerische Sozialministerium zusammen mit den Wohlfahrtsverbänden deren Wohnungssuche, indem sie beispielsweise bei Besichtigungen begleitet werden. Die Erfahrungen der Modellstandorte werden gesammelt und aufbereitet, um sie für andere Standorte zu nutzen. Das Projekt wird von einem Projektträger mithilfe von ehrenamtlichen Kräften durchgeführt. Es ruht im Wesentlichen auf den drei Säulen Mietbefähigung und Wohnungsvermittlung von Auszugsberechtigten, Akquise und Betreuung von Ehrenamtlichen sowie Evaluation und Dokumentation der Erfahrungen. Das Modellprojekt startet am 1. April an den Standorten Augsburg, Mindelheim, München, Mühlndorf, Aschaffenburg, Würzburg, Neuburg, Bayreuth und Nürnberg. *Quelle: Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen vom 29.3.2013*

Forderung nach Wahlrecht für behinderte Menschen. Mit dem Argument, ein Wahlrechtsausschluss von Menschen mit einem Handicap sei unvereinbar mit der seit dem Jahr 2009 auch in Deutschland geltenden UN-Behindertenkonvention, forderte die SPD am 19. Februar in einem Antrag an den Bundestag, die Vorschriften zu ändern und Menschen mit Behinderungen, die in allen Angelegenheiten betreut werden, sowie Menschen, die sich aufgrund einer strafrechtlichen Anordnung in der Psychiatrie befinden, an den Bundestags- und Europawahlen teilnehmen zu lassen. Zudem müsse für Personen mit Problemen beim Lesen und Schreiben das Wählen durch Fotos der Kandidatinnen und Kandidaten und Parteisymbole auf dem Stimmzettel erleichtert werden. Schon im Januar hatten die Grünen einen entsprechenden Entwurf eingebracht. Der Verein Lebenshilfe e.V. unterstützt den Vorschlag der Grünen und der SPD, der aufgrund der gegensätzlichen Meinung der Regierungskoalition momentan noch keine Mehrheit findet. *Quelle: Lebenshilfe-Zeitung 1.2013*

SOZIALES

Beratung für Barrierefreiheit. Die rheinland-pfälzische Landesberatungsstelle „Barrierefrei Bauen und Wohnen“ wird auch in diesem Jahr mit 130 000 Euro gefördert. Viele ältere oder behinderte Menschen wünschen sich, möglichst lange in der vertrauten Umgebung leben zu können. Das eigene Haus oder die Wohnung ist jedoch meist nicht auf die körperlichen Einschränkungen im Alter oder bei Behinderung zugeschnitten. Die kostenlose und firmenneutrale Beratung eines Teams von Architektinnen und Architekten, die in Mainz und in zehn regionalen Beratungsstellen angeboten wird, hilft bei der Planung von Umbauten. Dabei werden auch die entstehenden Kosten und finanziellen Fördermöglichkeiten ermittelt. Das Angebot gilt auch beim Neubau oder wenn eine Modernisierung oder energetische Sanierung geplant ist. Informationen gibt es bei der Landesberatungs-

stelle unter der Telefonnummer 061 31/22 30 78 oder unter der URL www.barrierefrei-rlp.de im Internet. *Quelle: Pressemitteilung des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie Rheinland-Pfalz vom 8.4.2013*

Übungsleiterpauschale wird abgezogen. Um ehrenamtliche Aktivitäten arbeitsloser Menschen zu unterstützen, reichten die Grünen im Juni 2012 einen Antrag bei der Bundesregierung ein, die Übungsleiterpauschale bis zur Höhe von monatlich 175 Euro sowie weitere pauschale Aufwandsentschädigungen nicht auf Leistungen nach dem SGB II und dem SGB XII anzurechnen. Da bürgerschaftliche Tätigkeiten die Vermittlungschancen auf dem Arbeitsmarkt erhöhten, sei es „kontraproduktiv“, die Sozialleistungen entsprechend zu kürzen. Dem Bundestag wurde der Vorschlag am 21. März dieses Jahres zur abschließenden Beratung vorgelegt und mit der Stimmenmehrheit von CDU/CSU und FDP abgelehnt. *Quelle: Das Parlament 25.3.2013*

Demografie, aktives Altern und Renten. Leitfaden Soziales Europa. Teil 3. Hrsg. Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union. Selbstverlag. Luxemburg 2012, 92 S., kostenlos *DZI-E-0399* Die Reihe „Leitfaden Soziales Europa“ vermittelt grundlegende Informationen zu verschiedenen Bereichen der EU-Politik im Hinblick auf Beschäftigung, Soziales und Integration. Dieser dritte Band bietet anhand optisch aufbereiteter Statistiken einen Einblick in aktuelle demographische Entwicklungen und beschreibt deren Auswirkungen auf die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt, die Zuwanderung, die Gesundheitsversorgung und die Renten. Erläutert werden in diesem Zusammenhang auch die Ziele der im Jahr 2010 verabschiedeten Strategie Europa 2012, die Maßnahmen der Europäischen Union zur Verbesserung der gesellschaftlichen Partizipation älterer Menschen und der Beitrag des Europäischen Sozialfonds zur Förderung der Generationengerechtigkeit. In zwei Interviews nennen die dänische Politikerin Karen Haekkerup und die niederländische EU-Abgeordnete Ria Oomen-Ruijten Möglichkeiten zur Unterstützung des aktiven Alterns. Die Erkenntnisse des Berichts werden in Form von Schlussfolgerungen zusammengefasst. Bestellschrift: <http://bookshop.europa.eu>

Kostenübernahme für Ruheraum bei häuslicher Pflege. Laut einem Urteil des Bundessozialgerichts (BSG) vom 28. Februar dieses Jahres (Az.: B 8 SO 1/12 R) müssen bei einer häuslichen Betreuung rund um die Uhr die Kosten für einen Ruheraum für die Pflegekräfte vom zuständigen Sozialamt übernommen werden. Geklagt hatte ein an einer Muskeldystrophie mit beatmungspflichtiger respiratorischer Insuffizienz sowie Herzinsuffizienz leidender Patient, dessen Antrag auf Übernahme der anteiligen Unterkunftskosten für das zur Verfügung gestellte Zimmer abgelehnt worden war. Das BSG entschied, es bestehe in diesem Fall nach § 19 Abs. 3 Sozial-

5.6.2013 Hannover. Fachkräftetagung: Suppenküchen im Schlaraffenland – Armut und Ernährung in unserer Gesellschaft. Information: Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e.V., Tel.: 05 11/350 00 52, E-Mail: info@gesundheitsnds.de

6.6.2013 Berlin. 2. Bundeskonferenz der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA): Körperliche Aktivität, psychische Gesundheit und Teilhabe im höheren Alter fördern. Information: Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e.V., Fenskeweg 2, 30165 Hannover, Tel.: 05 11/ 350 00 52, E-Mail: info@gesundheitsnds.de

14.6.2013 Hamburg. Fachtag: Wohnen ohne Grenzen – Barrierefreies Planen und Bauen. Information: Hamburger Koordinationsstelle, Sternstraße 106, 20357 Hamburg, Tel.: 040/432 94 20, E-Mail: koordinationsstelle@stattbau-hamburg.de

15.-16.6.2013 Bad Boll. Tagung: Welche Hilfe braucht die Selbsthilfe? Kritische Auseinandersetzung mit Selbsthilfe(-gruppen), deren Chancen und Grenzen. Information: Evangelische Akademie Bad Boll, Sekretariat Erika Beckert, Akademieweg 11, 73087 Bad Boll, Tel.: 071 64/ 79-211, E-Mail: erika.beckert@ev-akademie-boll.de

20.-21.6.2013 Kiel. Fachkongress: Sexuell übergriffige Kinder und Jugendliche. Fachliche Herausforderungen und Wege der Hilfe. Information: Die Kinderschutz-Zentren, Bonner Straße 145, 50968 Köln, Tel.: 02 21/569 75-3, E-Mail: fiel@kinderschutz-zentren.org

28.-29.6.2013 Berlin. Grundlagenseminar: Soziale Arbeit im Akutkrankenhaus und in der medizinischen Rehabilitation. Information: Deutsche Vereinigung für Soziale Arbeit im Gesundheitswesen e.V. (DVSG), Haus der Gesundheitsberufe, Alt-Moabit 91, 10559 Berlin, Tel.: 030/ 394 06 45 40, E-Mail: info@dvsg.org

8.-12.7.2013 Salzburg. Internationale Pädagogische Werktagung: Vorbilder, Erziehen wohin? Information: Katholisches Bildungswerk Salzburg, F.W.-Raiffeisenstraße 2, A-5061 Elsbethen, Tel.: 00 43/662/80 47-75 20, E-Mail: pwt@bildung.kirchen.net

10.-11.7.2013 Berlin. Anforderungen an ein neues Pflegeberufsgesetz. Information: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Frau Dorette Nickel, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/62 980-211

gesetzbuch XII ein Anspruch auf Übernahme der anteiligen Kosten der Unterkunft für die im Rahmen des Arbeitgebermodells beschäftigten Pflegepersonen. *Quelle: VdK Zeitung April 2013*

GESUNDHEIT

Bündnis für Altenpflege gegen generalistische Pflegeausbildung. Das im März 2013 neu gegründete Bündnis für Altenpflege lehnt das in den letzten fünf Jahren in Hamburg entwickelte und seit Oktober 2003 in einem Modellversuch implementierte Konzept der generalistischen Pflegeausbildung ab, in dessen Rahmen vorgesehen ist, die bisher getrennten Ausbildungsgänge Altenpflege, Krankenpflege und Kinderkrankenpflege zusammenzulegen. Damit wenden sich die Bündnispartner gegen den Plan der Bundesregierung, dem Fachkräftemangel durch eine umfassendere Qualifizierung entgegenzutreten. Bisher habe der international vielfach schon praktizierte integrative Ansatz nirgends zu einer Behebung personeller Engpässe beigetragen. Um dem demographischen Wandel zu begegnen, sei es hingegen ratsam, die spezifische Altenpflegeausbildung zu professionalisieren. *Quelle: Presseerklärung des Bündnisses für Altenpflege vom 22.3.2013*

VdK kritisiert Patientenrechtegesetz. Im Sinne einer größeren Transparenz wurden mit dem am 26. Februar dieses Jahres in Kraft getretenen Patientenrechtegesetz sämtliche bis dato auf verschiedene Gesetze verstreuten Patientenrechte im Bürgerlichen Gesetzbuch gebündelt und auf eine klare juristische Grundlage gestellt. Patientinnen und Patienten müssen laut den hier zusammengeführten Bestimmungen über alle wesentlichen Aspekte medizinischer Eingriffe informiert werden und erhalten ein Recht auf vollständige Akteneinsicht, während für Fachkräfte im Gesundheitswesen eine Dokumentationspflicht für alle vorgenommenen Maßnahmen entsteht. Leistungsentscheidungen der Krankenkassen sind innerhalb verbindlicher Fristen von drei bis sechs Wochen zu treffen, nach deren Ablauf der jeweilige Antrag als genehmigt gilt und eine Kostenerstattung eingefordert werden kann. Darüber hinaus ergab sich für grobe Behandlungsfehler eine Umkehrung der Beweislast, indem hier nun Ärztinnen und Ärzte belegen müssen, dass sie den festgestellten Schaden nicht verantworten. Der VdK kritisiert, in dem Gesetz fehlten eine genaue begriffliche Abgrenzung des „groben Behandlungsfehlers“ und ein Anspruch der Versicherten auf Unterstützung bei einem entsprechenden Verdacht. *Quelle: VdK Zeitung März 2013*

Gegen freiheitseinschränkende Maßnahmen. Die rheinland-pfälzische Landesregierung setzt sich mit einer Kampagne dafür ein, freiheitseinschränkende Maßnahmen in der Pflege zu vermeiden. Hierzu wurde die Broschüre „Es geht auch anders!“ aufgelegt, mit der das Sozialministerium Angehörigen und Pflegenden erfolg-

reich erprobte Wege und Alternativen aufzeigt, um freiheitsentziehende Maßnahmen zu vermeiden und trotzdem den Schutz der betroffenen Menschen zu gewährleisten. Gravierende Eingriffe in die Menschenrechte eines pflegebedürftigen Menschen wie Beruhigungsmittel, Bettgitter oder Bettgurte hätten in der Regel keine positiven Wirkungen und schützten auch nicht vor vermeintlichen Gefahren. Häufig lösen solche Maßnahmen bei den Pflegebedürftigen negative Gefühle und Angstzustände aus, die ihr Gesamtbefinden verschlechtern. Die Broschüre kann kostenfrei über das Internet unter der URL www.msagd.rlp.de (Bestellservice) oder per Post im Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, Bauhofstraße 9, 55116 Mainz, bestellt werden. Sie ist auch in den 135 Pflegestützpunkten in Rheinland-Pfalz (www.onlinesuche.rlp.de) erhältlich. *Quelle: Pressemitteilung des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie des Landes Rheinland-Pfalz vom 4.4.2013*

Institut für Gesundheitsforschung. Das Berliner Institut für Gesundheitsforschung (BIG), das demnächst gegründet werden soll, wird die lebenswissenschaftliche Forschungsexpertise der Charité und des Max-Delbrück-Centrums (MDC) zunächst unter dem Paradigma der Systemmedizin in einer gemeinsamen Einrichtung institutionell zusammenführen. Basierend auf einer breiten Datengrundlage setzt sich die Systemmedizin mit den komplexen Prozessen im menschlichen Körper auseinander und betrachtet diese umfassend. Sie verknüpft dabei verschiedene Ansätze und Technologien und soll so zu umfangreichen Erkenntnissen führen. Das BIG wird thematisch auf die Lebenswissenschaften zugeschnitten und eine medizinische Hochschule mit einer außeruniversitären Forschungseinrichtung in eine Körperschaft zusammenführen. Unter Lebenswissenschaften oder Life Sciences versteht man Forschungsrichtungen, die sich mit Prozessen oder Strukturen von Lebewesen beschäftigen. Außer der Biologie umfasst sie auch verwandte Bereiche wie Medizin, Biomedizin und Biochemie. Sie ist interdisziplinär ausgerichtet, hat aber einen klaren Bezug zu Lebewesen. Das MDC übernimmt weiterhin die Großforschung, wie sie auch von den übrigen Mitgliedereinrichtungen der Helmholtz-Gemeinschaft wahrgenommen wird. Die Charité wird wie bisher für die akademische Forschung und Lehre und die Krankenversorgung verantwortlich sein. Das BIG soll keine Aufgaben der universitären Forschung und Lehre oder der Krankenversorgung wahrnehmen. *Quelle: hib vom 4.4.2013*

JUGEND UND FAMILIE

Kinderschutz-Hotline jetzt auch auf Russisch. Bereits seit Herbst vergangenen Jahres bietet die Hotline-Kinderschutz in Kooperation mit dem Träger „LebensWelt“ Beratung in den Sprachen Türkisch und Arabisch an. Ab sofort ist das Beratungsangebot nun auch in russischer Sprache verfügbar. Damit haben auch

Bürgerinnen und Bürger aus dem russischsprachigen Raum eine muttersprachliche Anlaufstelle in allen Fragen rund um das Thema Kinderschutz. Das kultursensible Angebot der Hotline-Kinderschutz ist jeweils von 14 bis 22 Uhr an den folgenden Tagen unter der Telefonnummer 030/ 61 00 66 erreichbar: Arabisch montags, Türkisch mittwochs und Russisch freitags. *Quelle: Pressemitteilung der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft von Berlin vom 28.3.2013*

Geschwisterbeziehungen in der außerfamiliären Unterbringung. Erkenntnislage und Entwicklungsbedarf. Von Maja Heiner und Sibylle Walter. Hrsg. SOS-Kinderdorf e.V. Selbstverlag. München 2010, 66 S., EUR 8,- *DZI-E-0390*
 In der Themenreihe „Geschwister in der stationären Erziehungshilfe“ werden aus der Perspektive verschiedener Disziplinen und Professionen aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse zum Thema der Unterbringung von Geschwisterkindern in Pflegefamilien oder Betreuungseinrichtungen veröffentlicht. Dieser Band untersucht den Stellenwert, den der Status „Geschwisterlichkeit“ bei der Fremdplatzierung von Kindern einnimmt. Im Mittelpunkt steht die Frage, ob es Kriterien für eine Zusammenlegung oder Trennung gibt und ob Verfahren

zur Verfügung stehen, diese zu ermitteln. Ausgehend von einer Betrachtung der Kooperation zwischen den relevanten Behörden und den Herkunftsfamilien entwickeln die Autorinnen Ansätze zur Förderung der Geschwisterbeziehungen und erläutern entsprechende Forschungs-, Handlungs- und Fortbildungsdesiderate in diesem Kontext. Bestellanschrift: SOS-Kinderdorf e.V., Sozialpädagogisches Institut (SPI), Renatastraße 77, 80639 München, Tel.: 089/126 06-432, Internet: www.sos-kinderdorf.de/spi

Deutscher Kinder- und Jugendhilfepreis 2014.
 Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) schreibt den Deutschen Kinder- und Jugendhilfepreis 2014 (Hermine-Albers-Preis) in den Kategorien Praxispreis, Theorie- und Wissenschaftspreis sowie Medienpreis aus. Der Preis wird von den obersten Jugend- und Familienbehörden der Länder gestiftet und vom Vorstand der AGJ alle zwei Jahre verliehen. Für das Jahr 2014 werden in der Kategorie des Praxispreises Vorschläge zum Thema „Jugendpolitik vor Ort gestalten“ entgegengenommen. Mit dem Theorie- und Wissenschaftspreis sollen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Fachkräfte, insbesondere auch Nachwuchskräfte, im Bereich der Sozialen Arbeit, Erziehungswissenschaft



Wir bringen Licht ins Dunkel.

Zum Beispiel beim Liquiditätsmanagement. Nutzen Sie alle Vorteile des controlling-basierten Cash-Managements und halten Sie Ihren Cashflow zu jeder Zeit aufrecht.

Sprechen Sie mit uns. Wir haben die Lösung.

Die Bank für Wesentliches.

www.sozialbank.de

Berlin · Brüssel · Dresden · Erfurt · Essen · Hamburg
 Hannover · Karlsruhe · Kassel · Köln · Leipzig · Magdeburg
 Mainz · München · Nürnberg · Rostock · Stuttgart



oder der Kinder- und Jugendhilfe für ihre Arbeit ausgezeichnet und gefördert werden. Der Medienpreis würdigt hervorragende publizistische Arbeiten, die zu einem Verständnis der Arbeit der Kinder- und Jugendhilfe beitragen. Es wird in jeder Kategorie ein Preisgeld von 4 000 Euro ausgelobt. Einsendeschluss ist am 31. Oktober 2013. Weitere Informationen sind unter der URL <http://www.agj.de/Deutscher-Kinder-und-Jugendhilfepreis>. 40.0.html zu finden. *Quelle: Pressemitteilung der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe vom 22.3.2013*

Hilfen für Kinder psychisch erkrankter Eltern.

Der Dachverband Gemeindepsychiatrie hat mit Unterstützung des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) einen interaktiven Projektatlas zu Hilfen für Kinder psychisch erkrankter Eltern veröffentlicht. Da die Zahl psychischer Erkrankungen stetig ansteigt, besteht dringender Bedarf an leicht zugänglichen und niedrigschwelligen Hilfen, insbesondere für Familien mit Kindern, in denen ein Elternteil erkrankt ist. Der Projektatlas wird ständig weiterentwickelt, so dass Familien in besonderen Belastungssituationen schnell und unbürokratisch Hilfen vor Ort finden können. Bislang wurden über 300 Angebote in Deutschland mit ihren Arbeitsschwerpunkten und Kontaktdaten aufgenommen. Der Dachverband Gemeindepsychiatrie setzt sich seit einigen Jahren im Rahmen seines Netzwerkprojektes „Kleine Held(inn)en in Not – Prävention und Gesundheitsförderung für Kinder psychisch erkrankter Eltern“ für einen Aufbau von lebensweltbezogenen Hilfen für psychisch erkrankte Eltern und deren Kinder ein. Der Projektatlas ist im Internet unter der URL www.psychiatrie.de/dachverband/kinder erreichbar. *Quelle: Pressemitteilung des Landschaftsverbandes Rheinland vom 21.3.2013*

AUSBILDUNG UND BERUF

Master Supervision, Organisationsberatung und Coaching.

Ab Oktober 2013 wird an der Hochschule Kempten der berufsbegleitende Masterstudiengang „Supervision, Organisationsberatung und Coaching“ angeboten. Der Studiengang ist insbesondere auf die Ausbildungsbedürfnisse von Fach- und Führungskräften aus dem Sozial- und Gesundheitssektor, aus Bildung, Kultur und Verwaltung zugeschnitten. Neben dem Master kann der nach den Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Supervision (DGSv) zertifizierte Titel des Supervisors beziehungsweise der Supervisorin erworben werden. Auskünfte erteilt Frau Elisa Franze, Tel.: 08 31 / 25 23-496, E-Mail: elisa.franze@fh-kempten.de. *Quelle: Pressemitteilung der Hochschule für angewandte Wissenschaften Kempten vom 27.3.2013*

Strategien zur Inklusion. An der Fachhochschule Köln wird die Weiterbildung „Strategien zur Inklusion“ erneut angeboten. Der Lehrgang startet am 7. Juni 2013 und

erstreckt sich mit 16 Seminartagen über zwei Semester. Er richtet sich an Führungskräfte sowie persönliche Referentinnen und Referenten, an das mittlere Management und an Projektleiterinnen und Projektleiter. Die Teilnehmenden erhalten nach erfolgreich abgeschlossener Prüfung ein Zertifikat. Der Lehrgang wird vom Zentrum für akademische Qualifikationen und wissenschaftliche Weiterbildung (ZaQwW) angeboten und unterstützt die Entwicklung einer inklusiven Haltung. Neben der methodisch-technischen Vermittlung werden Gestaltungsformen entwickelt, bei denen der Teilhabe- und Gleichberechtigungsgedanke handlungsleitend ist. Geistes- und ingenieurwissenschaftliche Erkenntnisse und Ansätze werden gleichwertig eingebunden. Informationen erteilt Frau Ilona Matheis, Tel.: 02 21 / 82 75-51 43, E-Mail: weiterbildung@fh-koeln.de. *Quelle: Pressemitteilung der Fachhochschule Köln vom 28.3.2013*

Ausbildungskampagne in der Altenpflege.

In München wurde die zweite Phase der Initiative „Herzwerker für die Altenpflege“ begonnen, mit der speziell junge Männer und Menschen mit Migrationshintergrund angesprochen werden. Die Initiative informiert darüber, wie Berufe in der Altenpflege fordern, fördern und bereichern, wie vielseitig sie Menschen verbinden und welche Karrierechancen die Altenpflege bietet. Auch Fachkräfte aus anderen Kulturkreisen sind in der Altenpflege gefragt. Herzstück der Initiative ist die Website. Sie bietet ein multikulturell ausgerichtetes Angebot zur Berufsorientierung mit Videoclips, Beiträge von männlichen Pflegekräften sowie von Altenpflegern und Altenpflegerinnen mit Migrationshintergrund. Einrichtungen der Altenpflege finden viele Tipps und Adressen und können kostenlose Werbemittel für Aktionen bestellen. Informationen sind im Internet unter der URL www.herzwerker.de/altenpflege erhältlich. *Quelle: Pressemitteilung von „Herzwerker“ vom 11.3.2013*